

SAMMELSURIUM

Mit kleinem i

Noch immer wird viel zu oft von „Juristen“ gesprochen und der weibliche Teil dieser Zunft kurzerhand von der Grammatik unterschlagen. Häufig ist die Absurdität dieser Pluralform jedoch nicht zu übersehen und das „große Innen“ ist auch in der bürgerlichen Mitte angekommen. Was aber verbirgt sich hinter dem „35. Feministischen Juristinnentag“?

Jedenfalls kein rein juristischer Kongress, sondern vielmehr die breite Diskussion rechtspolitischer Fragen aus feministischer Sicht. Seit mehr als dreißig Jahren eine Institution, fand der Feministische Juristinnentag dieses Jahr vom 08.-10. Mai in Berlin statt und war ebenso hochkarätig wie vielfältig besetzt. Der Eröffnungsvortrag stand – wie könnte es anders sein – unter dem Motto „60 Jahre Grundgesetz“ und wurde von Ute Sacksosky gehalten, die den Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung an der Goethe-Universität Frankfurt/Main inne hat. An den folgenden beiden Tagen wurde dann immer wieder der internationale Bezug zur deutschen Rechtspolitik hergestellt. So beleuchtete etwa die Berliner Rechtsprofessorin Susanne Baer aktuelle Entwicklungen im europäischen Antidiskriminierungsrecht. Unter dem Stichwort „Inklusion statt Integration“ wurden die Behindertenrechtskonvention der UN, wie auch der Nationale Integrationsplan der Bundesregierung diskutiert und kritisiert. Die Frankfurter Politik- und Rechtswissenschaftlerin Sonja Buckel stellte ihre Studien zum Verhältnis von feministischer und materialistischer Rechtstheorie vor. Ihre Analyse der juristischen Praxis wurde in Workshops zur strategischen Prozessführung oder zu Nebenklagerichten aus praktischer Perspektive fortgeschrieben. Emanzipatorische Alltagskämpfe fanden in vielen Vorträgen Beachtung, so ging es unter anderem um Entgeltgleichheit in Tarifverträgen und die Gesetzgebung zur Frauenhausfinanzierung. Es erfolgte aber auch eine queertheoretische Auseinandersetzung mit Körpernormen und der Diskurs über Genitalbeschneidung wurde im Kontext der critical white theory betrachtet.

Unter den Referentinnen wie Zuhörerinnen fanden sich Rechtsanwältinnen, Richterinnen und Staatsanwältinnen, Sozialarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen von NGOs, Wissenschaftlerinnen und Studentinnen. In der Tat handelte es sich aber ausschließlich um Frauen – nach wie vor findet der Feministische Juristinnentag unter Ausschluss von Männern statt. Das ist intern nicht unumstritten und führt von außen immer wieder zu heftigen Anfeindungen. Dennoch stellt sich der Feministische Juristinnentag gerade deshalb als ein wichtiges Instrument frauenemanzipatorischer Politik dar. Nicht nur wird hier ein Raum geschaffen für eine im Wortsinne autonome Positionierung; wenn das Zweckbündnis der Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft sich dieser wenigstens momentan entzieht, bleibt die Erkenntnis: „die Frau“ als solche ist eine Konstruktion. (Annelie Kaufmann)



Foto: Karl Marxen

Woher der Mut? Jenseits der Menschenrechte.

Glaubt eigentlich irgendjemand angesichts deutscher und europäischer Migrationspolitik, der Unterscheidung zwischen wirtschaftlich erwünschter, hochqualifizierter, und unerwünschter, „wertschöpfungsschwacher“ Zuwanderung mit den Folgen einer tausendfach tödlichen EU-Außengrenze, noch an die Menschenrechte? Dieser Frage geht das vom „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ herausgegebene Jahrbuch 2009 „Jenseits der Menschenrechte – Die europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik“ nach.

„Menschenrechte“ überfordern den Staat, die Politik und den/die Einzelnen ihrem Wesen nach. Setzen sie doch bereits voraus, erkennen zu können, was „dem Menschen gerecht“ sei. Dennoch wagen sich die AutorInnen, im „mutigen Glauben“, an eine Bestandsaufnahme, betrachten die AkteurInnen von Migrationspolitik und -kontrolle, aber auch Widerstände und

Solidarisierungen mit Migrationsbewegungen. Wenn, wie Helen Schwenken anführt, die westliche, in die Illegalität treibende Migrationspolitik ein buntes Patchwork ist, so gilt dies auch für die vorliegende Veröffentlichung. Die AutorInnen klagen an gegen die üblichen – seit einigen Jahren nun häufig europäischen – Verdächtigen aus Politik und Wirtschaft, scharf in der Wortwahl, allerdings gelegentlich auf Kosten der Klarheit in Argumentation und Aufbau, der im Eifer des Gefechts oft mehr assoziativ als nachvollziehbar geordnet gelingt. Was auch der Vielseitigkeit der aufgegriffenen Themen und der Kürze der Bearbeitungen geschuldet sein mag.

Dennoch besitzt die Veröffentlichung ihre Qualitäten. Sie informiert über so manche menschenverachtende Absurdität, schreckt

auf und stimmt nachdenklich, wenn etwa unter deutscher Ratspräsidentschaft in der „Berliner Erklärung“ Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Einwanderung in einem Atemzug als Feinde der Europäischen Union aufgezählt werden oder Christoph Marischka die Auswüchse der europäischen Grenzschutzagentur Frontex beschreibt.

Wenn, wie die HerausgeberInnen, den vor den Nationalsozialisten emigrierten Juristen Otto Kirchheimer zitieren, „an der Art, wie Staaten und ihre Bürgerinnen und Bürger mit Menschen in Not verfahren, [...] zu testen ist, wie es mit Menschenrechten und Demokratie in den betreffenden Ländern selbst, sich selbst gegenüber bestellt ist“, wirft die Aufsatzsammlung ein verstörendes Licht auf die gefällige Selbstwahrnehmung Deutschlands und der Europäischen „Gemeinschaft“ als Bastion von Menschenrechten und Demokratie. (Simon Wionski)